

Autonomie der Stiftungshochschulen gefährdet - Auszüge aus offenem Brief von Ex-Präsidentin Cremer-Renz an Ministerin

Datum: 6.6.2013 | Seite: 14 | Ressort: STA

Sehr geehrte Frau Ministerin Heinen-Kljajic, die Erwartungen an die neue Landesregierung in Sachen Hochschulpolitik in und für Niedersachsen sind mit großen Hoffnungen verbunden gewesen.

Gerade am Hochschulstandort Lüneburg waren die Hoffnungen darauf gerichtet, dass die neue Landesregierung, die besonderen Leistungen, die Hochschulleitung und die Mitglieder der Universität nach Abschluss der Fusions-Phase erbracht haben, beachtet und wertschätzt und die Erfüllung des Auftrages des Niedersächsischen Parlaments von 2003 - Fusion der FH-NON mit der Universität Lüneburg - zur Kenntnis nimmt. Von 2006 bis heute sind zwei unterschiedliche Hochschulkulturen zu einer funktionstüchtigen, leistungsstarken neuen Universität entwickelt worden. Über die Jahre ist die Leuphana Universität immer wieder für ihre besonderen Innovationen in Lehre und Forschung mit Preisen ausgezeichnet worden.

Die Leistungen in Lehre, Forschung, Weiterbildung und Wissenstransfer zeigen nicht nur die erheblichen Kraftanstrengungen von allen Beteiligten, sondern auch den Ideenreichtum und die starke Motivation und Innovationskraft sich für Veränderung, Wandel und Qualitätssicherung einzusetzen. In sieben Jahren ist ein neuer Universitätstyp im Kontext der Bologna-Reform entstanden, der nationale und internationale Beachtung findet.

Es ist eine große Enttäuschung, dass die neue Landesregierung diese Aufbau- und Entwicklungsarbeit nicht zu würdigen gedenkt, sondern ganz im Gegenteil sich auf ein gänzlich anderes Thema fokussiert und die rufschädigenden Wirkungen für die Leuphana Universität und den Wissenschaftsstandort Lüneburg dabei völlig außer Acht zu lassen scheint, bzw. billigend in Kauf nimmt.

Nach nun 100 Tagen im Amt der neuen Landesregierung sind die Eindrücke ernüchternd. Der Politikstil im Umgang mit der Leuphana Universität ist nicht nur irritierend, sondern niederschmetternd. Ihre mündlichen Äußerungen zum Bericht des Landesrechnungshofes oder der EU münden in Vorwurfsäußerungen und Anschuldigungen, regen Presseorgane zu wilden Spekulationen an und geben Raum für Vorverurteilungen und Häme, die das Präsidium, den Stiftungsrat, aber auch die Mitarbeiterschaft der Leuphana Universität auf das Tiefste verletzen.

Nicht der "Libeskind-Bau wirft Schatten auf die Universität" (LZ-Schlagzeile vom 31. Mai 2013), sondern der politische Umgang mit Berichten und Rückmeldungen von Behörden, die zunächst und das mit oberster Priorität, zwischen der Landesregierung und der Hochschulleitung und dem Stiftungsrat erörtert gehören. Bis heute ist es der Hochschulleitung verweigert worden, Einblick in den sogenannten OLAF-Bericht zu nehmen, sodass ihr objektiv die Möglichkeit genommen wird, zu Vorhaltungen sachgerecht Stellung zu nehmen (vgl. LZ 1./2. Juni 2013, S.3).

... Der Stil der niedersächsischen Landespolitik ist irritierend. Den hat es so in den letzten drei Jahrzehnten niedersächsischer Wissenschaftspolitik nicht gegeben. ...

Als Wissenschaftsministerin drohen Sie mit dem Einsetzen eines Kontrollgremiums für die weiteren Bauphasen des Libeskind-Neubaus, der Teilnahme von Mitarbeitern der Oberfinanzdirektion an den Baubesprechungen und der Teilnahme von Mitarbeitern des MWK.

Sie unterstellen Überforderung der Leitung mit dem Bauprojekt und treffen damit gleichzeitig alle damit beschäftigten Architektinnen und Architekten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in der Leuphana Universität mit diesem Projekt befasst sind.

Mit Ihren Vorschlägen zur verstärkten Kontrolle der Stiftungshochschule Leuphana Universität in Lüneburg erwecken Sie in der Öffentlichkeit den Eindruck, dass die bisherigen Kontrollen allesamt versagt hätten. Damit kritisieren Sie implizit die Arbeit der MWK-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Ihrem eigenen Haus, die seit Jahren den Stiftungsrat in allen Sitzungen begleiten und in Rechtsfragen, baulichen Fragestellungen sowohl kontrollierend als auch beratend tätig sind, und ziehen die ehrenamtliche Arbeit der Stiftungsratsmitglieder gleich mit in Zweifel, die die Hochschulentwicklungsarbeit mit Sachverstand, Augenmaß und großer Kompetenz befördern.

Es stellen sich mit diesen Überlegungen Ihrer Vorgehensstrategie grundsätzliche Fragen, die den Eindruck erwecken, dass die neue Landesregierung sich vom Stiftungsmodell und seinen politischen Implikationen zu verabschieden sucht bzw. - hypothetisch gedacht - aus der Konstruktion eines "Falles Leuphana", den Beweis abzuleiten gedenkt, das Niedersächsische Hochschulgesetz insbesondere in Sachen Stiftungshochschulen entscheidend überarbeiten zu wollen. Sie stellen damit auch das Vertrauen der politischen Stabilisierung der Weiterentwicklung lernender Organisationen im Vertrauen auf politische Verlässlichkeit grundsätzlich in Frage. In meiner Eigenschaft als langjährige Stiftungsrätin einer Niedersächsischen Hochschule sehe ich das intendierte Bemühen zu einem Paradigmenwechsel in Sachen bisheriger Verständigung über das Verhältnis von Staat und Hochschulen und damit einen politischen Angriff auf das Selbstverständnis und dem bisherigen Übereinkommen zwischen den Wissenschaftsministern seit 2002 und den Hochschulen/Universitäten im Lande.

Sollten Sie am Beispiel der Leuphana Universität exemplifizieren wollen, dass Universitäten und Hochschulen mit ihren gewonnenen Freiheiten durch den Gesetzgeber nicht sachgerecht umgehen können, konterkarieren Sie die bisherigen politischen Absichten der Vorgängerregierungen seit den 1990er-Jahren. Diese gingen parteiübergreifend davon aus, dass mehr Freiheit, Eigenverantwortung und mehr Kompetenzen und Flexibilität in der Selbstverwaltung die Hochschulen stärkt, ihre Entwicklung zu wettbewerbsstarken Wissenschaftszentren befördert.

Ministerielle Feinsteuerung durch Erlasse und Detailkontrollen, Eingriffe in die Arbeit der Präsidien und Stiftungsräte ist eine rückwärtsgewandte Politik und zeugt nicht von neuem Aufbruch oder dem Willen, das Autonomiemodell weiter zu entwickeln.

Wenn aber dies Ihr politisches Credo für die Zukunft der Wissenschaftslandschaft in Niedersachsen ist, dann sollten die Mitglieder der niedersächsischen Hochschullandschaft sich auf neue Kontroversen und Konflikte einstellen.
Prof. Dr. Christa Cremer-Renz

Ehemalige Präsidentin der FH-NON, Präsidentin der Universität Lüneburg von 2005-2006

Stiftungsrätin der Hochschule Osnabrück seit 1.9.2006 bis 31.8.2016